



Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

(a) die Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZR 2, Justitiariat
Geschäftszeichen: ZR 2/12-1310-2010-0291
Postanschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin (gilt nur für Postsendungen)
E-Mail: vorzimmer.zr2@bundestag.de

Angebotsabgabe:

- Das - ggf. jeweilige - Angebot ist per Post zu richten an: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat ZR 2, Justitiariat, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
- Das Angebot kann an Werktagen (außer samstags) montags bis donnerstags von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr an der Pforte der folgenden Liegenschaft abgegeben werden: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Postverteilungsstelle, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin. Der Zugang ist nur unter Vorlage eines gültigen amtlichen Ausweises möglich.

Es ist nur derjenige berechtigt ein Angebot abzugeben, der zuvor die Ausschreibungsunterlagen bei der Vergabestelle angefordert hat.

(b) die Art der Vergabe:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 VOL/A

(c) die Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind:

Die Angebote sind schriftlich in einem verschlossenen Umschlag und mit dem den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Aufkleber versehen an die o. a. Adresse zu senden oder bei der o. a. Liegenschaft persönlich abzugeben.

(d) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistung:

Vertrag über die Bewachung des Promotionfahrzeugs des Deutschen Bundestages für den Einsatzzeitraum vom 1. März 2011 bis zum 31. Oktober 2011 (in der Regel von 18:00 Uhr bis 08:00 Uhr) in den Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein (je Bundesland ein Los), die im Rahmen der Informationstour mit dem Promotionfahrzeug (Infomobil) angefahren werden, inklusive der Verlängerungsoption um jeweils ein weiteres Jahr (1. März bis 31. Oktober 2012 und 1. März bis 31. Oktober 2013), längstens bis zum 31. Oktober 2013.

Der künftige AN ist verpflichtet, dass von ihm eingesetzte Personal pro Los nach den für allgemeinverbindlich erklärten regional oder bundesweit geltenden Tarifverträgen zu entlohnen.

(e) gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Aufteilung in 6 Lose:

Los 1: Bremen

Los 2: Hamburg

Los 3: Mecklenburg-Vorpommern

Los 4: Niedersachsen

Los 5: Nordrhein-Westfalen

Los 6: Schleswig-Holstein

(f) gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:

Es werden keine Nebenangebote zugelassen.

(g) etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Die AG erteilt dem AN für jeden Einsatzort aus dem entsprechenden Los spätestens 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung einen Einzelauftrag. Hierin wird der konkrete Standort und der konkrete Zeitrahmen festgelegt. Der Zeitrahmen kann sich in Ausnahmefällen kurzfristig verändern. Dies wird unverzüglich fernmündlich durch die AG mitgeteilt.

(h) die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutscher Bundestag
Verwaltung
Referat ZR 2 (Justitiariat)
Unter den Linden 62-68
10117 Berlin

Online-Anforderung der Ausschreibungsunterlagen unter
<http://www.bundestag.de/ausschreibungen/>

(i) die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist:

Angebotsfrist: 24.01.2011

Bindefrist: 28.02.2011

(j) die Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen:

entfällt

(k) die wesentlichen Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Leistungsbeschreibung/Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen des Deutschen Bundestages, Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A), Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

(I) die mit dem Angebot vorzulegenden Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen:

1. Vorlage einer Bankauskunft für das Jahr 2010 (allgemeine Auskunft der Hausbank über die bestehende Geschäftsbeziehung zueinander; es muss insbesondere kurz die gegenwärtige Finanz- und Liquiditätslage des Unternehmens dargestellt werden, wie sie sich aus der konkreten Geschäftsbeziehung zwischen Bieter und Bank ergibt; die Auskunft muss aktuell sein, sie kann in Form eines formlosen Schreibens erfolgen).
2. Eigenerklärung des Bieters darüber, dass das Unternehmen der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen, einschließlich Arbeitslosenversicherung, nachgekommen ist (wird mit der Unterschrift auf dem Angebotsvordruck abgegeben – s. Anlage 1 Seite 2 des Anschreibens).
3. Eigenerklärung des Bieters über eine bestehende und während der Vertragslaufzeit fortzuführende Haftpflichtversicherung (gem. § 3 BewachV), die mindestens Schäden bis zu folgenden Beträgen abdeckt: Personenschäden je Person 1.000.000 €, Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall 250.000 €.
4. Eigenerklärung des Bieters über das Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis der zuständigen Behörde gem. § 34a GewO i. V. m. der Bewachungsverordnung (BewachV).
5. Vorlage einer Unternehmensbeschreibung inklusive Angaben zur Unternehmensgröße, der technischen Ausstattung und des Fuhrparks und der Umsätze (das Unternehmen muss über mindestens 200 Mitarbeiter und einen Fuhrpark von mindestens 20 Fahrzeugen verfügen; die Umsätze bezüglich der vertragsgegenständlichen Leistung aus den letzten drei Jahren dürfen pro Jahr nicht geringer als 1 Millionen Euro sein); Angaben des Bieters, wie er beabsichtigt, die ausgeschriebene Leistung zu realisieren, insbesondere bezüglich der Absicherung der Bereitstellung einer Ersatz- bzw. zusätzlichen Sicherungskraft.
6. Vorlage einer Referenzliste mit vergleichbaren erbrachten Dienstleistungen der letzten zwei Jahre mit Ansprechpartnern und Telefondurchwahlnummern ggf. E-Mail-Adressen, mindestens 3 und maximal 5 Referenzen **(die Nichtbeachtung der Mengengrenzung führt zum Ausschluss des Angebots!)**
7. Vorlage der ausgefüllten Anlage 4 mit Auflistung der vom Bieter - und ggf. Unterauftragnehmer - unterhaltenen Einsatzbüros (Hauptsitz und Dependancen). Falls der Bieter beabsichtigt, Unterauftragnehmer einzusetzen: Fügen Sie - ggf. pro Los - eine Erklärung des vorgesehenen Unterauftragnehmers bei, in welcher er bestätigt, im Falle des Zuschlags auf Ihr Angebot (Teil-)Leistungen im Rahmen der Vertragsabwicklung zu erbringen. Falls zutreffend, hat der Bieter für den Unterauftragnehmer die in Ziffern 1. bis 6. geforderten vorzulegen.

Die o. g. Unterlagen oder Eigenerklärungen sind vollständig mit dem Angebot vorzulegen. Das Fehlen einer Unterlage oder einer Erklärung führt grundsätzlich zum Ausschluss des Angebotes. Eine fristgebundene Nachforderung fehlender Unterlagen oder Erklärungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen Vergabestelle, sofern nicht bereits in der o. g. Liste der Ausschluss im Falle der Nichtbeachtung von Mindestgrenzen verfügt wurde.

(m) sofern verlangt, die Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen **bei Öffentlichen Ausschreibungen:**

entfällt

(n) **die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden:**

Zuschlagskriterien sind in den Ausschreibungsunterlagen enthalten (Bewertungsmatrix je Los).